

1 **Antrag Nr. B 1**

Antragskommission:

Annahme

2
3
4
5 **Antragssteller:** Bezirksvorstand

6
7
8
9 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

10
11
12
13 **Grundzüge für ein künftiges Konzept zur**
14 **Bildungspolitik in Niedersachsen**

15
16 Bildung ist der Schlüssel für eine auf Gerechtigkeit
17 und Chancengleichheit aufgebaute Gesellschaft.
18 Insofern fühlt sich die Sozialdemokratie verpflichtet
19 dafür zu sorgen, dass alle Mitglieder der
20 Gesellschaft in größt möglicher Weise an Bildung
21 Teil haben. Die OECD belegt zudem regelmäßig,
22 dass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines
23 Landes vom Bildungsniveau und der
24 Bildungsbeteiligung seiner Bevölkerung abhängt.
25 Bildung ist daher die wichtigste Ressource für eine
26 moderne Volkswirtschaft.

27
28
29 Für das künftige bildungspolitische Konzept der
30 SPD in Niedersachsen gelten daher folgende
31 Eckpunkte:

- 32
33 a) Bildung beginnt im Elternhaus. Bildungspolitik
34 ist Familien- und auch Sozialpolitik. Die
35 vorhandenen Erziehungs- und
36 Beratungsangebote sind weiter zu
37 entwickeln.
- 38
39 b) Vorschulische Bildung stellt die Weichen.
40 Kindertagesstätten haben einen wichtigen
41 Anteil an Bildung und Erziehung. Deshalb
42 sollen die pädagogischen Fachkräfte an
43 Fachhochschulen ausgebildet werden. Die
44 SPD strebt eine Besuchspflicht in
45 Kindertagesstätten für alle Kinder an. Der
46 Besuch soll kostenfrei sein.
- 47
48 c) In der Schule werden Kinder und Jugendliche
49 bis zum 10. Jahrgang gemeinsam
50 unterrichtet. Dieses schließt weitgehend
51 Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf
52 ein. Die Schule trägt die Verantwortung für

53 den Bildungsprozess des Schülers / der
54 einzelnen Schülerin. Das Abschlussjahr kann
55 unterschiedlich gestaltet sein.
56

57 d) An die Sekundarstufe I schließen
58 differenzierte berufliche und allgemein
59 bildende Oberstufenangebote an. Sie werden
60 mit Zugangsberechtigungen zu Hochschulen,
61 Fachhochschulen und Berufszweigen
62 abgeschlossen. Die SPD strebt eine deutliche
63 Steigerung der mittleren Abschlüsse und der
64 Hochschulzugangsberechtigungen an –
65 insbesondere auch über berufliche
66 Ausbildungsgänge. Das Ziel ist der Anschluss
67 an die Abschlussquoten der europäischen
68 Spitzenländer.
69

70 e) Schulen sind Ganztagschulen. Nur so lässt
71 sich Bildungspolitik als Familienpolitik sowie
72 die effektive Förderung aller Kinder
73 realisieren.
74

75 f) Schulsozialarbeit an allgemein- und
76 berufsbildenden Schulen wird im Schulgesetz
77 verankert, Planstellen dafür werden
78 verlässlich eingerichtet und erhalten!
79

80 g) Die Ausbildung für Lehrerinnen und Lehrer
81 wird reformiert und auf die Anforderungen der
82 Gemeinschaftsschule ausgerichtet.
83

84 **Es gelten folgende Grundsätze:**

85

86 - Schülerinnen und Schüler werden nach ihren
87 individuellen Möglichkeiten gefördert.
88 Niemand wird ausgegrenzt. Dabei ist Freude
89 am Lernen zu fördern. Sie darf nicht durch
90 Missachtung und Beschämung zerstört
91 werden. An die Stelle des Sitzenbleibens
92 treten Fördermaßnahmen.
93

94 - Mindeststandards werden formuliert und die
95 Ergebnisse regelmäßig überprüft. So
96 verpflichtet sich Schule zur ständigen
97 Qualitätskontrolle: Das schließt auch
98 innerschulische Differenzierungen sowie
99 Kooperation, Netzworkebildung,
100 Schulprogrammentwicklung,
101 Qualitätsentwicklung an bestehenden Schulen
102 ausdrücklich ein.
103

- 104 - In der pädagogischen Arbeit wirken
105 unterschiedliche berufliche Kompetenzen zum
106 Wohle von Kindern und Jugendlichen
107 zusammen (z.B. Einsatz von
108 Schulpsychologen, Sozialpädagogen u.a.m.)
109
110 - Schule ist Teil der örtlichen Lebenswelt.
111
112 - Die moderne Gesellschaft ist durch
113 „lebenslanges Lernen“ gekennzeichnet.
114 Fortbildung und Wiedereingliederung
115 gewinnen auf allen Ebenen an Bedeutung.
116 Hierzu leisten die Volkshochschulen einen
117 unverzichtbaren Beitrag, der auch im
118 öffentlichen Interesse liegt.

119

120

121

122 **Weiterleitung an:**

123 Landesvorstand

124 Landesparteitag

125

Antragskommission:

Annahme mit Änderung

1 **Antrag Nr. B 2**

2

3

4

5 **Antragsteller: SPD-Arbeitsgemeinschaft 60plus**

6

7

8

9 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

10

11 Die SPD - Landtagsfraktion wird aufgefordert sich
12 für eine Verbesserung der Erwachsenenbildung
13 einzusetzen. Dabei sind auch Aspekte zu
14 berücksichtigen, die älteren Menschen neue und
15 gewinnbringende Bildungsangebote unterbreiten.
16 Bildung ist nicht nur für junge Menschen ein Wert an
17 sich, sondern hilft auch älteren Menschen an neuen
18 Entwicklungen teilhaben zu können und sich in der
19 Gesellschaft integriert zu fühlen. Wir gehen davon
20 aus, dass das Lebensalter kein Kriterium für die
21 Teilnahme an Bildung sein darf.

Ausschlusskriterium

22

23 Dieser Aspekt gilt auch für die Maßnahmen in der
24 betrieblichen Weiterbildung. In anderen
25 europäischen Ländern wird auf den Schatz der
26 Erfahrungen und Kenntnisse älterer Menschen
27 zunehmend Wert gelegt.

Teil der Begründung; am Ende
einfügen

28 Es widerspricht sich unserer Ansicht, dass in
29 Deutschland über eine Erhöhung des
30 Renteneintrittalters nachgedacht wird und eine
31 Heruntersetzung des Teilnehmeralters an der
32 betrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen die
33 traurige Wirklichkeit ist.

34

Begründung:

36

37 Bei zunehmender Lebenserwartung unserer
38 Gesellschaft müssen auch Angebote, die Ältere in
39 den Bereich der Erwachsenenbildung einbeziehen,
40 voll integriert werden. Die unaufhaltsame
41 Entwicklung in der modernen
42 Kommunikationsgesellschaft und die maschinelle
43 Entwicklung bei Apparaten und Automaten setzen
44 voraus, in neuen Kategorien und Strukturen zu
45 denken. Bildung fordert und schafft neue
46 theoretische Zugänge, die auch in der Praxis und
47 Lebensumwelt neue Bedingungen eröffnet.

48

49 Dieses gilt auch oder besonders für die betriebliche
50 Weiterbildung. Hier werden oft schon 45-Jährige
51 nicht mehr mit einbezogen.

52	Weiterleitung an:
53	Landesparteitag
54	Landtagsfraktion
55	
56	

1 **Antrag Nr. B 3**

Antragskommission:

Erledigt durch B 23

2
3
4
5 **Antragsteller: Unterbezirk Wittmund**

6
7
8
9 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

10
11
12 Die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich
13 gegen die Einführung von Studiengebühren in
14 Niedersachsen einzusetzen.

15
16
17
18 **Begründung:**

19
20 Die Klage der unionsgeführten Bundesländer vor
21 dem Bundesverfassungsgericht gegen das von der
22 Bundesregierung ausgesprochene Verbot von
23 Studiengebühren wurde im Sinne der Kläger
24 entschieden.

25 Damit ermöglicht das Urteil den Bundesländern das
26 Einführen von Studiengebühren. Die CDU/ FDP
27 Bundesländer haben bereits angekündigt, die
28 Einführung von Studiengebühren vorzunehmen.

29 Besonders das Land Niedersachsen hat diese
30 Klage energisch mit vorangetrieben und möchte die
31 Einführung von Studiengebühren schnellstmöglich
32 erreichen.

33 Die Folge ist eine weitere Verschlechterung der
34 Bildungschancen der niedersächsischen
35 Bevölkerung. So wird Kindern aus sozial schwachen
36 Familien das Studium von vornherein verwehrt, da
37 die bisher genannten Gebühren in Höhe von 500
38 Euro pro Semester – bedeutet 1000 Euro pro Jahr –
39 nur schwer von einem Studenten ohne Einkommen
40 aufgebracht werden können. Zusätzlich schließt der
41 Ministerpräsident Kürzungen beim
42 Hochschulhaushalt nicht aus, wenn sich die
43 Einnahmeseite der Hochschulen durch
44 Studiengebühren verbessern. Die logische
45 Konsequenz aus dieser Möglichkeit ist die indirekte
46 Aufbesserung des Landeshaushaltes durch die
47 Einführung von Studiengebühren.

48 Die Studentinnen und Studenten würden somit zum
49 Erbringen einer Leistung gezwungen, die ihnen nur
50 wenig zu Gute kommt und unter dem Vorwand

51 verlangt wird, die Bildungssituation für sie zu
52 verbessern.

53

54

55 **Weiterleitung an:**

56 SPD Landtagsfraktion

57

58

59

60

61

1 **Antrag Nr. B 4**

Antragskommission:

Annahme

2
3
4
5 **Antragsteller: Unterbezirk Wittmund**

6
7
8
9 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

10
11
12 Die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für
13 die Wiedereinführung der
14 Lehrmittelfreiheit in Niedersachsen einzusetzen.

Lernmittelfreiheit

15
16
17 **Begründung:**

18
19 Die Abschaffung der Lehrmittelfreiheit in
20 Niedersachsen bedeutet für viele Familien eine
21 starke zusätzliche finanzielle Belastung. Die vorher
22 von der Schule gestellten Bücher wurden günstig in
23 großen Mengen bei den Verlagen eingekauft. Heute
24 müssen die Familien teuer die einzelnen Exemplare
25 anschaffen. Daraus resultiert eine Verschlechterung
26 der Möglichkeiten der Eltern, für ihre Kinder
27 zusätzliches Bildungsmaterial zu beschaffen, da
28 bereits viel Geld für den Kauf der in der Schule
29 benötigten Bücher ausgegeben wird. Ebenfalls ist
30 für die Lehrerinnen und Lehrer nicht mehr sicher
31 gestellt, dass ein bestimmtes und bei allen
32 Schülerinnen und Schülern gleiches Exemplar für
33 die Schularbeit vorliegt, da viele ältere, aber nicht
34 mehr aktuelle Bücher gebraucht gehandelt werden,
35 um Kosten zu minimieren.

36 Dieses hat als Konsequenz negative Auswirkungen
37 auf die Qualität der Bildung.

38
39
40 **Weiterleitung an:**

41 SPD Landtagsfraktion

42

1 **Antrag Nr. B 5**

Antragskommission:

Material an Landevorstand

2
3
4
5 **Antragsteller: Unterbezirk Friesland**

6
7
8
9 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

10
11
12 Die SPD Landtagfraktion wird aufgefordert auf die
13 Landesregierung einzuwirken, die
14 Fördermaßnahmen zur vorschulischen
15 Sprachförderung in die Verantwortung der
16 Kindertagesstätten zu geben. Diese
17 Sprachförderung muss mit dem Eintritt in den
18 Kindergarten beginnen.

19
20
21 **Begründung:**

22
23 Frühe Förderangebote, die Kinder beim Schulstart
24 und für eine erfolgreiche Mitarbeit in der Schule
25 vorbereiten, sind selbstverständlich zu unterstützen,
26 für das gegenwärtige Konzept des MK ist allerdings
27 mehr als zweifelhaft, ob das angestrebte Ziel
28 tatsächlich erreicht werden kann. Um zu überprüfen,
29 wie die erste Runde der vorschulischen
30 Sprachförderung gelaufen ist, hat die GEW eine
31 Fragebogenaktion durchgeführt. In mehr als 300
32 landesweit von Kita-MitarbeiterInnen und GS-
33 Lehrkräften ausgefüllten Fragebögen zur Arbeit der
34 vorschulischen Sprachförderung ist eine deutliche
35 Rückmeldung darüber gegeben worden, dass es
36 leider erhebliche Mängel, Behinderungen, Probleme
37 und Kritikpunkte zur gegenwärtigen Praxis gibt. Auf
38 die Frage nach einer Vorbildung der Lehrkräfte für
39 die neue Aufgabe gaben die meisten an, dass sie
40 für die Aufgabe keine spezielle Vorbildung besitzen.

41
42 Letztendlich meinen viele der Befragten, dass ein
43 konzeptionelles Umdenken erforderlich sei, um die
44 Sprachförderung vor der Einschulung auf einen
45 besseren Weg zu bringen.

46
47 Der Erfahrungsschatz der Kita-MitarbeiterInnen
48 wurde insgesamt missachtet, indem die
49 Verantwortung einzig der Schule übertragen wurde.

50

51 Die trotz aller Widrigkeiten entstandene
52 Zusammenarbeit von VertreterInnen in Kitas und
53 Grundschulen ist einzig uns allein auf Kosten der
54 KollegInnen möglich gewesen und auf Kosten der
55 anderen Förderstunden an den Grundschulen, die
56 gestrichen werden mussten.

57
58 Ebenso ist der Zeitraum von Monat Februar im
59 Einschulungsjahr (max. 6 Monate) bis zur
60 Einschulung viel zu kurz, um eine adäquate
61 Sprachförderung zu leisten.

62 In den Kitas sind pädagogische
63 Anregungsprogramme vonnöten. Diese Programme
64 müssen derart gestaltet werden, dass sie in den
65 täglichen Programmablauf integriert werden können,
66 so dass die Kinder täglich immer wieder kleinere,
67 sowohl sprachliche als auch motorische
68 Anregungen erhalten. Und dieses von Beginn ihrer
69 Kindergartenzeit an.

70

71

72 **Weiterleitung an:**

73

74 Landtagsfraktion

1 **Antrag Nr. B 6**

2
3
4 **Antragsteller: Unterbezirk Friesland**

5
6 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

7
8
9 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich
10 dafür einzusetzen, dass die bisherige Form der
11 Bewilligung zusätzlicher Lehrerstunden für
12 Ganztagschulen auch weiterhin praktiziert wird.

13
14
15 **Begründung:**

16
17
18 Laut Aussage des Kultusministeriums werden nur
19 noch Ganztagsmodelle ohne zusätzliche
20 Personalmittel des Landes bewilligt, d. h. die
21 Schulen müssen für ihre Nachmittagsangebote
22 allein auf die Zusammenarbeit mit
23 Kooperationspartnern wie Vereinen und Verbänden
24 bauen. Die entstehenden Kosten für neue
25 Ganztagsangebote in Niedersachsen werden
26 demnach nur noch durch Bundesmittel sowie durch
27 die kommunalen Schulträger und die Schulen
28 getragen.

29 Laut geltender Erlasslage sind in Niedersachsen
30 nach wie vor verschiedene Ganztagsmodelle
31 möglich und die Schulen haben auf dieser
32 Grundlage schuleigene Konzepte bis zur
33 Antragsreife entwickelt. Schulen, die trotz der hohen
34 Hürde einer 2/3-Mehrheit in der Gesamtkonferenz
35 auf ein gebundenes System setzen, werden – wie
36 schon im letzten Jahr – die Erfahrung machen
37 müssen, dass ihre Chancen für die Genehmigung
38 dieser Konzeption unter dieser Landesregierung
39 gleich Null sind.

40 Ursächlich für diese Situation ist die Deckelung des
41 entsprechenden Haushaltstitels des
42 Kultusministeriums. Schon im
43 Genehmigungsverfahren zum 01.08.2004 wurden
44 nur knapp 50 Schulen mit zusätzlichen
45 Lehrerstunden für den Ganztagsbetrieb
46 ausgestattet, da der Etat nicht mehr hergab. Nicht
47 vergessen werden darf dabei allerdings, dass diese
48 Mittel überhaupt nur Dank massiver Kürzungen bei
49 den bestehenden Ganztagschulen zur Verfügung
50 standen. Schulen erhielten eine nachträgliche
51 Genehmigung, nachdem sie Konzepte vorlegten, in

Antragskommission:

Annahme mit Änderung

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die für ein qualifiziertes Ganztagsangebot notwendigen Lehrerstunden zur Verfügung gestellt werden.

52 denen auf zusätzlichen Personalbedarf verzichtet
53 wurde. Ein tragfähiges Ganztagschulkonzept, das
54 aus bildungs- und sozialpolitischen Gründen
55 dringend notwendig ist, benötigt neben der
56 sachlichen Ausstattung aber auch einen
57 entsprechenden Anteil an zusätzlichen
58 Lehrerstunden.

59

60 **Weiterleitung an:**

61

62 Landtagsfraktion

1 **Antrag Nr. B 7**

Antragskommission:

Material an Landesvorstand

2
3
4
5 **Antragsteller: Unterbezirk Friesland**

6
7
8 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

9
10
11 Die SPD wird das Ziel verfolgen, die vorschulische
12 Bildung zu stärken. Dabei sollen Familienerziehung
13 und vorschulische Bildungsarbeit sich sinnvoll
14 ergänzen. Eltern sollen sicher sein können, dass ihr
15 Kind in dieser, für die Persönlichkeitsentwicklung
16 und Intelligenzentwicklung entscheidenden Phase
17 im Sinne einer vorschulischen Bildung gestärkt wird.
18 Dazu gehört die Vermittlung grundlegender sozialer
19 Fähigkeiten ebenso wie die gezielte
20 Sprachförderung, die musikalisch ästhetische
21 Bildung, die Bewegungserziehung und die Weckung
22 bzw. Förderung der kindlichen Kreativität, Neugier
23 und Lernmotivation.

24 Dazu ist die Möglichkeit der Weiterqualifizierung der
25 ErzieherInnen zu fördern. Kommunalen und
26 kirchlichen Trägern der Kindergärten soll dabei die
27 Möglichkeit gegeben werden, vermehrt
28 entsprechende Stellen für diese höherqualifizierten
29 Beschäftigten zu schaffen.

30
31
32 **Begründung:**

33
34
35 Heute besteht mehr denn je der Bedarf an
36 professioneller Hilfe für Kinder und damit auch an
37 verbesserter Weiterqualifizierung der ErzieherInnen.
38 Nach wie vor gilt: Je früher und intensiver Kinder
39 gefördert und gefordert werden, desto besser. Die
40 ersten sechs Lebensjahre sind entscheidend für die
41 Entwicklung. Die Qualität der vorschulischen
42 Bildung in Deutschland und die veränderten
43 Anforderungen durch eine veränderte Kindheit sind
44 dabei die Kernthemen. Die
45 Weiterqualifizierungsmöglichkeiten für
46 ErzieherInnen werden durch
47 Fachhochschulangebote immer weitreichender. Ein
48 eigenständiger Studiengang zur Weiterqualifizierung
49 ist ein richtiger und wichtiger Schritt. Dieser
50 Forderung, die insbesondere auch nach der Pisa-
51 Studie laut wurde, kommt in der Region z. B. der

52 Standort Emden der Fachhochschule Oldenburg/
53 Ostfriesland/Wilhelmshaven nach. Der Fachbereich
54 Sozialwesen bietet den Studiengang "Integrative
55 Frühpädagogik" an. Dabei geht es z. B. um die
56 Integration behinderter Kinder aber auch um Kinder
57 von ausländischen Eltern. Bildung im Kindergarten,
58 z. B. in den Bereichen Sprache, Umweltwissen und
59 Kreativität, wird ebenfalls eine große Rolle spielen.
60 Diese Qualifizierung steht aber auch im
61 Zusammenhang mit der Frage nach den zukünftigen
62 beruflichen Perspektiven und
63 Verdienstmöglichkeiten der ErzieherInnen in den
64 kommunalen und kirchlichen Kindergärten. Die
65 Frage der Verdienstmöglichkeit wird mit den
66 zukünftigen personellen Entwicklungen in den
67 Kindergärten und Tageseinrichtungen
68 zusammenhängen. Eltern werden in Zukunft
69 vermehrt auf diese Kriterien achten.

70
71

72 **Weiterleitung an:**
73 Bundesparteitag

74
75

1 **Antrag Nr. B 8**

Antragskommission:

Material an Landesvorstand

2
3
4
5 **Antragsteller: Unterbezirk Friesland**

6
7
8 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

9
10
11 Die Leitidee der zukünftigen Schulform in
12 Niedersachsen soll die Ganztags-Gesamtschule
13 sein. Diese ermöglicht, die individuelle Förderung
14 und die Integration aller Schülerinnen und Schüler.
15 Die Bildungspolitik der SPD in Niedersachsen soll
16 auf die gemeinsame Beschulung aller Schülerinnen
17 und Schüler in den ersten 9 Klassen ausgerichtet
18 sein.

19
20
21 **Begründung:**

22
23
24 Gesellschaftliche Veränderungen erfordern
25 angemessene bildungspolitische Maßnahmen. Die
26 zukünftige Schule muss es sich zur Aufgabe
27 machen, alle Schülerinnen und Schüler
28 gleichermaßen zu fördern. Sie wird Förderung statt
29 Auslese praktizieren. Dies gilt für Schülerinnen und
30 Schüler mit hervorragenden schulischen Leistungen
31 ebenso wie für Schüler mit motivationsbedingten,
32 migrationsbedingten, körper- oder lernbehinderten
33 Leistungsbeeinträchtigungen. Dabei gilt es, die
34 Inhalte der Schule diesen Ansprüchen anzupassen.
35 So sind nicht nur Schulleistungen in Deutsch,
36 Mathematik, Naturwissenschaften und
37 Fremdsprachen für die Entwicklung der
38 Persönlichkeit entscheidend, es sollte ebenso
39 Kultur-, Kunst-, Musik- und Gesundheitserziehung in
40 der Schule Rechnung getragen werden. Dazu
41 gehört ein differenziertes Diagnostik- und
42 Förderangebot ebenso wie die Vermeidung einer zu
43 frühzeitigen Festlegung auf einen Schulabschluss.

44
45
46 Die Bildungspolitik der niedersächsischen SPD
47 erteilt dem Ansinnen einer frühestmöglichen
48 Chancen-Selektion damit eine Absage zugunsten
49 der ganzheitlichen integrierten individuellen
50 Schülerförderung.
51

52 In Friesland reduzieren sich die Schülerzahlen in
53 naher Zukunft erheblich. Allein dieser Rückgang der
54 Zahlen schwächt die ländliche Region. Die
55 Beschulung muss gerade in diesen Regionen
56 stärker in einer Schule erfolgen, um dies als Chance
57 zur Verbesserung der Unterrichtsqualität zu nutzen
58 und die individuelle Förderung der Schüler auch
59 organisatorisch in den Schulablauf einzubinden. Mit
60 der Leitlinie der gemeinsamen Beschulung soll
61 damit einerseits der Schülerzahlenentwicklung und
62 dem Erhalt schulischer Strukturen in ländlichen
63 Gebieten Rechnung getragen werden, andererseits
64 der individuellen Förderung der Schülerinnen und
65 Schüler entsprochen werden.

66
67

68 **Weiterleitung an:**

69

1 **Antrag Nr. B 9**

Antragskommission:

Annahme mit Änderungen

2
3
4
5 **Antragsteller: Unterbezirk Friesland**

6
7
8 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

9
10
11 Die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert, auf die
12 Landesregierung einzuwirken, die Beschulung von
13 benachteiligten Schülern in Randgebieten des
14 Landes Niedersachsen stärker zu fördern.

15 Insbesondere ist eine finanzielle Kostenübernahme
16 von Unterkunftskosten und Betreuungskosten bei
17 Schülern, die die Berufsschule besuchen,
18 notwendig.

fördern, in dem insbesondere für
nicht volljährige Schülerinnen und
Schüler, die nicht wohnortnah
beschult werden können, ein
Kostenzuschuss für betreutes
Wohnen geleistet wird.

Zeilen 15 – 18 entfällt

19
20
21 **Begründung:**

22
23
24 1. Schüler, die nach dem Schulbesuch der Klasse
25 10 auf der Insel Wangerooge (übrigens auch den
26 anderen Ostfriesischen Inseln) das Internat „NIGE“
27 in Esens besuchen, zahlen dort ca. 350 € für
28 Unterkunft, Verpflegung, Hausaufgabenbetreuung,
29 soziale Betreuung durch Erzieher und Heimfahrten.
30 Schüler von den Ostfriesischen Inseln, die nach
31 Klasse 9 der Hauptschule ein
32 Berufsvorbereitungsjahr oder
33 Berufsgrundbildungsjahr besuchen müssen, haben
34 keine vergleichbare Einrichtung zur Verfügung. Ein
35 Angebot der CVJM Wilhelmshaven kostet ca. 600 €
36 pro Monat. Die Organisation der Übernahme von
37 Kosten durch Arbeitsamt, Landkreis oder Land
38 Niedersachsen ist nicht geklärt und muss im
39 Einzelfall von den Eltern geleistet werden.

40
41 2. Insbesondere den Schülerinnen und Schülern der
42 Hauptschule fällt es schwer, eine Ausbildung
43 durchzuhalten. Wenn diese Jugendlichen mit 15
44 oder 16 Jahren zudem noch ohne Aufsicht in
45 Mietwohnungen von den Eltern untergebracht
46 werden, ist das Scheitern in vielen Fällen
47 vorprogrammiert. Alternativen zu dem frühzeitigen
48 Wechsel an das Festland gibt es oft nicht, da die
49 Anzahl der Lehrstellen auf der Insel sehr beschränkt
50 ist.

51

52 3. Einige Schüler sind nach entsprechenden
53 Abbrüchen auf die Insel zurückgekehrt. Die
54 Gefährdung durch Alkohol und Drogen ist
55 offensichtlich geworden.

56

57

58 **Weiterleitung an:**

59

60 Landtagsfraktion

61

1 Antrag Nr. B 10

Antragskommission:

Erledigt durch B 23

2
3
4
5 Antragsteller: Unterbezirk Friesland

6
7
8 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

9
10
11 Die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert, auf die
12 Landesregierung einzuwirken, von einer Einführung von
13 Studiengebühren abzusehen.

14
15
16 **Begründung:**

17
18
19 In der öffentlichen Diskussion über die Finanzierung der
20 Hochschulen wird immer wieder vorgeschlagen, einen Teil
21 der Kosten durch Studiengebühren oder
22 Nutzungsentgelte der Studierenden abzudecken.
23 Hochschulen in Deutschland sind jedoch überwiegend
24 staatliche Einrichtungen. Der freie Zugang zu den
25 Hochschulen für jede(n) dazu Befähigte(n) ohne Rücksicht
26 auf Herkunft und Einkommen der Eltern gehört zu den
27 sozialen und demokratischen Errungenschaften der
28 Bundesrepublik Deutschland. Sie zu bewahren, gehört zu
29 den grundlegenden Aufgaben von Hochschulen und Staat
30 als Teil gesellschaftlicher und staatlicher
31 Zukunftsvorsorge.

32
33 Studiengebühren stellen eine Teilprivatisierung bisher
34 öffentlicher Aufwendungen für den Hochschulbereich dar.
35 Es handelt sich gleichzeitig um eine Umverteilung der
36 Kosten der Hochschulausbildung von der Allgemeinheit
37 auf die Familien mit studierenden Kindern. Familien mit
38 Kindern sorgen für die Aufrechterhaltung des
39 Generationenvertrages. Sie sind durch Kosten der
40 Erziehung und Ausbildung der Kinder finanziell gegenüber
41 den Kinderlosen benachteiligt. In der Finanzwissenschaft
42 und -politik wird ein Familienleistungs- und -
43 lastenausgleich gefordert. Die Einführung von
44 Studiengebühren würde diesen noch erschweren.

45
46 Es besteht die Gefahr, dass die Einführung von
47 Studiengebühren – wenn keine soziale Abfederung erfolgt
48 – zu einer sozialen Auslese führen wird. Während des
49 Studiums abzuführende Gebühren wären von
50 Studierenden, die aus Familien mit geringen Einkommen
51 stammen und deshalb nach dem
52 Bundesausbildungsförderungsgesetz gefördert werden,
53 nicht aufzubringen. Entsprechendes gilt für die
54 Studierenden aus Familien mit einem Einkommen, das
55 knapp oberhalb der Bemessungsgrenze des BAföG liegt
56 und die deshalb nicht mehr für die Ausbildungsförderung

57 in Betracht kommen. Diese Studierenden haben ebenso
58 wie die Bezieher von Teilförderungen oft erhebliche
59 Probleme, ihr Studium zu finanzieren. Sie sind häufig auf
60 studienbegleitende Erwerbsarbeit angewiesen, weil sie
61 ihren Eltern eine finanzielle Unterstützung nicht
62 abverlangen können. Eine Finanzierung des Studiums über
63 die Kosten der Lebenshaltung hinaus wäre von ihnen nicht
64 zu leisten.

65
66 Die Einführung von Studiengebühren birgt zudem die
67 Gefahr, dass sie zu einem weiteren Rückzug des Staates
68 aus der Hochschulfinanzierung führt. Der mit ihr verfolgte
69 Zweck, die Hochschule mit zusätzlichen Mitteln zu
70 versorgen, um bessere Lehrbedingungen zu schaffen,
71 wäre damit verfehlt. Dem Preis des Studiums stünde keine
72 preisangemessene Leistung der Hochschule gegenüber.

73
74
75 **Weiterleitung an:**
76
77 Landtagsfraktion

1 **Antrag Nr. B 11**

Antragskommission:

Annahme mit Änderung

2
3
4
5 **Antragsteller: Unterbezirk Friesland**

6
7
8
9 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

10
11
12 Die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert auf die
13 Landesregierung einzuwirken, umgehend die
14 rechtlichen Grundlagen zur Einrichtung neuer
15 integrierter Gesamtschulen zu schaffen, damit die
16 Schulträger dem entsprechenden Elternwillen
17 gerecht werden können.

neuer kooperativer und

18
19
20 **Begründung:**

21
22 Internationale Untersuchungen, wie zuletzt die
23 PISA- Studien, haben unzweifelhaft bewiesen, dass
24 Schulsysteme, in denen Kinder gemeinsam die
25 Schuljahre der Sekundarstufe 1 durchlaufen,
26 keinesfalls schlechtere Ergebnisse vorzuweisen
27 haben als das deutsche dreigliedrige Schulsystem.
28 Im Gegenteil deutet vieles darauf hin, dass ein
29 entscheidender Faktor für ein erfolgreiches, sozial
30 gerechtes Schulsystem die längere Dauer des
31 gemeinsamen Lernens aller Schülerinnen und
32 Schüler ist.

33
34 Daher gibt es außer dem verbohrteten Festhalten an
35 rein ideologischen Positionen konservativer Parteien
36 keinen Grund dafür, in Niedersachsen nicht weitere
37 integrierte Gesamtschulen einzurichten. Wir sehen
38 in der bisherigen Haltung der CDU/FDP
39 Landesregierung eine klare Diskriminierung jener
40 Eltern, die für ihre Kinder den Besuch einer IGS
41 wünschen.

42
43
44
45 **Weiterleitung an:**
46 Landtagsfraktion

47

1 **Antrag Nr. B 16**

Antragskommission:

Erledigt durch B 24

2
3
4
5 **Antragsteller: Jusos Bezirk Weser-Ems**

6
7
8
9 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

10
11 **Volle Unterrichtsversorgung an**
12 **niedersächsischen Schulen**

13
14
15 Die SPD im Bezirk Weser-Ems fordert die CDU/FDP
16 Landesregierung in Niedersachsen dazu auf, die
17 Öffentlichkeit nicht weiter über den tatsächlichen
18 Unterrichtsausfall an niedersächsischen Schulen zu
19 täuschen, eine volle Unterrichtsversorgung zu
20 gewährleisten und genügend Lehrerinnen und
21 Lehrer zur Verfügung zu stellen.

22
23
24 **Begründung:**

25
26 Eine schlechtere Unterrichtsversorgung, weniger
27 individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler
28 – so sieht die Halbzeitbilanz schwarzgelber
29 Schulpolitik in Niedersachsen aus.
30 Zwar versucht die CDU/FDP Landesregierung durch
31 allerlei Rechenricks, den Anschein einer nahezu
32 100prozentigen Unterrichtsversorgung zu erwecken.
33 Die Realität vor Ort sieht anders aus: An mehr als
34 100 Schulen in Niedersachsen liegt die
35 Unterrichtsversorgung zum Teil weit unter 95 %. An
36 vielen Schulen fällt der Unterricht selbst in den
37 Hauptfächern über Monate hinweg aus; sogenannte
38 „Feuerwehrlehrkräfte“ gibt es kaum noch.
39 Schwarzgelb spart auf Kosten der Schülerinnen und
40 Schüler und spricht dabei von besserer
41 Unterrichtsversorgung. Da verwundert es nicht,
42 wenn so manch einer an Niedersachsens Schulen
43 das Gefühl hat, für dumm verkauft zu werden.

44
45 Es liegt auf der Hand, dass Christian Wulf am
46 falschen Ende spart. Bildung ist ein
47 gesellschaftliches Gut. Schülerinnen und Schüler
48 haben ein Recht auf hochwertigen Unterricht bei
49 voller Unterrichtsversorgung.

50
51 **Weiterleitung an:**

1 **Antrag Nr. B 12**

2

3

4

5 **Antragsteller: Unterbezirk Ammerland**

6

7

8

9 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

10

11

12 **Der Unterbezirksparteitag möge folgenden**
13 **Antrag als Antrag zum Bezirks- und**
14 **Landesparteitag beschließen:**

15

16 Die Mitglieder des Landesverbands und der
17 Landtagsfraktion der SPD Niedersachsens werden
18 bei einer zukünftigen Regierungsbeteiligung in
19 Niedersachsen die Lernmittelfreiheit, die die
20 CDU/FDP-Landesregierung zum Schuljahr
21 2004/2005 abgeschafft hat, sofort wieder einführen.

22

23 Die Landeshaushaltsmittel für die kostenlose
24 Schülerbeförderung werden beibehalten.

25

26

27 **Weiterleitung an:**

28 Landesparteitag

29

30

Antragskommission:

Erledigt durch B 4

1 **Antrag Nr. B 13**

Antragskommission:

Erledigt durch B 23

2
3
4
5 **Antragsteller: Unterbezirk Ammerland**

6
7
8
9 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

10
11 Die SPD Ammerland fordert, dass

- 12 • das Studium in Deutschland gebührenfrei
13 bleibt,
14 • jedem / jeder unabhängig vom Geldbeutel
15 der Eltern ein Studium in Deutschland
16 ermöglicht wird,
17 • die Ausbildungsförderung (BAföG) Bestand
18 hat, um eine stärkere soziale Ausgrenzung
19 zu verhindern,
20 • sich die Bundesregierung im Rahmen ihrer
21 Möglichkeiten für eine höhere
22 Bildungsbeteiligung einsetzt,
23 • die SPD-regierten Länder einen
24 gemeinsamen Weg gehen und im Interesse
25 der Studierenden auch bei den CDU/CSU-
26 Ländern dafür werben,
27 • eine bundeseinheitliche Regelung
28 anzustreben ist.

29 **Begründung:**

30 Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden,
31 dass die Kompetenz der Studiengebührenregelung
32 bei den Ländern liegt. Nun sind die SPD-
33 Landesverbände gefordert, die Einführung von
34 Studiengebühren zu verhindern.

35 Die in den letzten Jahren erzielten Fortschritte im
36 deutschen Hochschulsystem müssen fortgesetzt
37 werden. Mit der BAföG-Reform hat die
38 Bundesregierung das Studium für einen großen Teil
39 sozial benachteiligter Studierenden ermöglicht.
40 Anders die Union: Sie will mit Elitenbildung breiten
41 Milieus den Zugang zur Hochschule verschließen.
42 CDU/CSU werden durch die Einführung von
43 Studiengebühren die soziale Ausgrenzung von
44 Studierwilligen aus einkommensschwachen und
45 Mittelstands-Familien an den deutschen
46 Hochschulen weiter verschärfen. Im Gegensatz

47 dazu muss die SPD für eine moderne und gerechte
48 Bildungspolitik mit dem Anspruch, allen Menschen
49 die gleichen Chancen zu geben, stehen.

50 • Ein Studium wird durch die Einführung von
51 Studiengebühren für alle sozialen
52 Herkunftsgruppen deutlich erschwert. 500
53 Euro pro Semester sind nur der Anfang,
54 schon jetzt fordern CDU-Politikerinnen und
55 Politiker weitaus höhere Gebühren. Es ist
56 richtig, dass wir zusätzliche finanzielle Mittel
57 für die Hochschullandschaft brauchen,
58 Studiengebühren aber zu einer nachhaltigen
59 Verbesserung der Finanzsituation nicht
60 beitragen. Die CDU schwächt mit der
61 Einführung von Studiengebühren den
62 Wissenschaftsstandort Deutschland und trägt
63 dazu bei, dass Deutschland im
64 internationalen Vergleich der Studierquoten
65 weiterhin im unteren Drittel bleibt.

66

67 **Weiterleitung an:**

68

Antragskommission:

Material an Landesvorstand

Antrag Nr. B 17

Antragssteller: UB Osnabrück-Stadt

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

SCHULSOZIALARBEIT ERHALTEN

Schulsozialarbeit muss im Niedersächsischen Schulgesetz als integraler Bestandteil der pädagogischen Arbeit einer Schule verankert werden.

Begründung:

Gegenüber den uns anvertrauten Kindern und Jugendlichen haben wir nicht nur eine personale, sondern auch eine professionelle Verantwortung. Integraler Bestandteil der pädagogischen Arbeit einer Schule ist daher Schulsozialarbeit.

„Die Aufgaben der Schulsozialarbeit leiten sich aus dem Kinder- und Jugend-Hilfe-Gesetz (KJHG) ab:

- Sie fordert die soziale und individuelle Entwicklung der Heranwachsenden.
- Sie trägt dazu bei, Benachteiligungen zu vermeiden und abzubauen.
- Sie berät Lehrkräfte und Eltern in Erziehungsfragen.
- Sie schützt die Heranwachsenden vor Gefahren.
- Sie trägt dazu bei, positive Lebensbedingungen zu erhalten und zu schaffen.
- Sie gestaltet Schule zum Lebensraum. „

Es bedarf jedoch einer gesetzlichen Verankerung im Schulrecht, damit Schulsozialarbeit als Aufgabe der Schulen und des Landes gesichert und ausgebaut werden kann.

Schulsozialarbeit entspricht dem Leitgedanken „Fördern und Fordern“ und ist nicht nur eine moralisch-ethische Verpflichtung gegenüber unseren nachwachsenden Generationen, sondern eine volkswirtschaftliche Investition:

- 49
- 50
- 51
- 52
- 53
- 54
- 55
- 56
- 57
- 58
- 59
- 60
- 61
- 62
- 63
- 64
- 65
- 66
- Das bislang ungenutzte Potential von benachteiligten Jugendlichen können wir nicht ungenutzt lassen.
 - Jugendliche aus Elternhäusern, die z.T. schon seit Generationen in der Sozialhilfe stecken, werden über die Hilfe zum Schulbesuch und zur Berufsausbildung zu Einzählern in das Sozialversicherungssystem statt zu Leistungsbeziehern.
 - Wenn Jugendliche eine Drogenkarriere oder Knastkarriere machen, ist das nicht nur eine menschliche Tragödie, sondern auch ein volkswirtschaftlicher Kostenfaktor, wenn sie durch Schulsozialarbeit davor bewahrt werden, amortisieren sich die Ausgaben schnell.
 - Schulsozialarbeit ist eine Investition in die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

67

68

69

70

71

72

73

Der Bundeselternrat, die GEW (**Profil und Perspektiven der Schulsozialarbeit - Beschluss des GEW-Hauptvorstandes 14./15.11.2003**) und der VBE stellen in Grundsatzpapieren ähnliche Forderungen.

Weiterleitung an:

1 **Antrag Nr. B 14**

2

3

4

Antragskommission:

Erledigt durch B 11

5 **Antragsteller:** Ortsverein Ganderkesee

6

7

8

9 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

10

11

12 Gesamtschulen

13

14 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert von der

15 Landesregierung

16 die Zulassung neuer Gesamtschulen zu fordern.

17 Sollte dies weiterhin verweigert werden, muss eine

18 Regelung

19 herbeigeführt werden, die es Eltern ermöglicht,

20 ihre Kinder auch über die Schuleinzugsgrenzen

21 hinweg in

22 einer Gesamtschule einzuschulen.

23

24

25 **Begründung:**

26

27 Die durch die jetzige Landesregierung

28 verabschiedete

29 Schulreform

30 - stemmt sich gegen soziale Gerechtigkeit

31 - ignoriert abgesicherte internationale Erkenntnisse

32 - hält die Klassengesellschaft im Bildungssystem

33 weiter

34 aufrecht.

35 Eine Schulreform die diese Bezeichnung auch

36 verdient,

37 muss wesentlich umfassender und mutiger

38 angegangen

39 werden. Ein schlechtes Bildungssystem schädigt die

40 Zukunft

41 der Jugend und des Landes.

42 Die im Bildungsbereich erfolgreichen

43 skandinavischen

44 Länder haben ausschließlich Gesamtschulen.

45 Sozialdemokraten setzen sich seit über 100 Jahren

46 für

47 mutige Reformen ein, und das ist auch gut so !

48 Behandlung:

49

50

51 **Weiterleitung an:**
52 Landesparteitag

1 **Antrag Nr. B 15**

2

3

4

5 **Antragsteller: Ortsverein Hatten**

6

7

8

9 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

10

11 **Schulpolitik**

12

13 - Kindertagesstätten haben einen wichtigen Anteil
14 an Bildung und Erziehung. Vorschulische Bildung
15 stellt die Weichen. Deshalb strebt die SPD die
16 Besuchspflicht in Kindertagesstätten für alle Kinder
17 ab dem 5. Lebensjahr an; dieses Kindergartenjahr
18 ist kostenfrei. - Kinder und Jugendliche werden in
19 einer "Schule für alle" bis zum 10. Jahrgang
20 gemeinsam ganztags unterrichtet.

21 Die Aufgabe der Schule ist es, jedes einzelne
22 Kind gemäß seinen Fähigkeiten individuell zu
23 fördern. Das schließt weitgehend Kinder mit sonder-
24 und sozialpädagogischem Förderbedarf ein

25 - Schulsozialarbeit an allgemein- und
26 berufsbildenden Schulen wird im Schulgesetz
27 verankert, Planstellen dafür werden durch
28 das Land verlässlich eingerichtet und
29 erhalten.

30

31

32 **Begründung:**

33

34 Die freie Entfaltung der Persönlichkeit ist uns
35 wichtig. Deshalb ist Bildung nicht nur eine Wert an
36 sich. Die OECD belegt regelmäßig, dass die
37 wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes vom
38 Bildungsniveau und der Bildungsbeteiligung seiner
39 Bevölkerung abhängt. Bildung ist daher die
40 wichtigste Ressource für eine moderne
41 Volkswirtschaft. Ausgaben für Bildung sind
42 Investitionen in den Wirtschaftsstandort Deutschland
43 und tragen die verlässlichste Rendite. Das
44 Bildungssystem ist das Rückgrat
45 einer leistungsfähigen Volkswirtschaft.
46 Bildungspolitik ist damit auch Finanz- und
47 Wirtschaftspolitik.

48

49

50 **Weiterleitung an:**

51

Antragskommission:

Material an Landesvorstand

1 **Antrag Nr. B 18**

2
3
4
5 **Antragsteller: KV Osnabrück-Land**

6
7
8
9 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

10
11
12 Vor dem Hintergrund der internationalen Untersuchungen
13 wie TIMSS oder PISA wird deutlich: Deutschland braucht
14 eine Modernisierung und Neustrukturierung seines Bil-
15 dungssystems.

16
17 Durch die von der CDU/FDP-Regierung durchgesetzte
18 Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes ist in
19 Niedersachsen jedoch eine rückwärts gerichtete Schulpoli-
20 tik auf den Weg gebracht worden, die auf Aussortieren
21 und Chancenungleichheit setzt und für die Betroffenen
22 massive Nachteile zur Folge hat. Diesem Sonderweg, den
23 sonst weltweit aus guten Gründen fast niemand geht,
24 muss die SPD in Niedersachsen mit einem umfassenden
25 Bildungsmodell entgegentreten, das die Erfahrungen der
26 bildungspolitisch erfolgreichen Länder berücksichtigt. Wir
27 fordern daher:

28
29 Wir erwarten den engagierten Einsatz von sozialdemokra-
30 tischen Abgeordneten in den Kommunen und im Land auf
31 drei Ebenen:

32
33 **Ebene 1: Kritik an der gegenwärtigen Praxis**

34
35 Es ist unumgänglich, frühzeitig und bei jeder Gelegenheit
36 auf die katastrophalen Folgen hinzuweisen, die die ge-
37 genwärtige Schulpolitik für Schülerinnen und Schüler, für
38 Lehrkräfte, aber besonders für Familien und ihre Kinder
39 gerade im ländlichen Raum hat:

- 40
41 - Die Auslese geschieht zu früh
42 - Anstelle gezielter Förderung drohen „Abschulung“
43 und Sitzenbleiben
44 - Die Durchlässigkeit von unten nach oben wird er-
45 schwert
46 - Es gibt eine zu starke Verknüpfung von sozialer
47 Herkunft und Bildungserfolg
48 - Familien müssen immer mehr zahlen
49 - Die Unterrichtsversorgung hat sich nicht verbessert,
50 Lehrkräfte werden immer stärker belastet
51
52

53 **Ebene 2: Entwicklung von Handlungsalternativen**

54
55 Neben die Kritik an dem Weg der gegenwärtigen Landes-
56 regierung in die bildungspolitische Katastrophe muss die
57 Entwicklung von kurzfristig umsetzbaren Handlungsalter-
58 nativen treten, die auch unter den gegenwärtigen Bedin-
59 gungen umsetzbar sind. Beispiele dafür sind:

- 60
61 - Leitlinien für die Einbindung der vorschulischen Sprach-
62 förderung in Kindertagesstätten
63 - Beispiele für die Gestaltung selbstständiger Schulen
64 - Initiativen zur stärkeren Zusammenarbeit zwischen be-
65 stehenden Schulen bzw. Schulformen

66
67 **Ebene 3: „Zukunftsprogramm Bildung“**

68
69 Entscheidend aber ist darüber hinaus die Formulierung
70 eines neuen, in die Zukunft weisenden, bildungspoliti-
71 schen Gesamtkonzepts unserer Partei.

72
73 Eine gute Grundlage dafür bieten Auszüge aus den „Wei-
74 marer Leitlinien“ der SPD vom Januar 2004. Sie lauten:

75 *„Innovation beginnt mit Bildung. Möglichst viele umfassend
76 und gut ausgebildete Menschen sind das Grundkapital für
77 eine innovationsfähige Gesellschaft. Bildung ist aber auch
78 ein eigenständiger Wert. Gleiche Bildungschancen für alle
79 bleiben das Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik.*

80 *Bildung muss Neugier, die Lust auf Wissen, und die Freu-
81 de am Lernen wecken. Wir wollen ein Bildungssystem,
82 das von Anfang an eine gerechte Teilhabe am gesell-
83 schaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen
84 Leben ermöglicht.*

85 *Die Ergebnisse der Pisa-Studien haben gezeigt, dass wir
86 von diesem Ziel weiter entfernt sind als viele andere hoch
87 entwickelte Länder. In keinem vergleichbaren Land ent-
88 scheidet die soziale Herkunft der Schülerinnen und Schü-
89 ler so sehr über den schulischen Werdegang und den Bil-
90 dungserfolg.*

91 *Jedes Kind in unserem Land soll die Chance bekommen,
92 seine Begabungen zu entfalten. Dies ist ein Gebot sozialer
93 Gerechtigkeit, aber es ist auch notwendig, wenn unsere
94 Gesellschaft innovationsfähig bleiben soll.*

95 *Bildung beginnt nicht erst in der Schule. Über Bildungs-
96 und Lebenschancen wird bereits im Vorschulalter ent-
97 schieden. Deshalb wollen wir die Möglichkeiten erweitern,
98 bereits im Vorschulalter Benachteiligungen durch die sozi-
99 ale Herkunft auszugleichen.*

100 *Dazu sind Qualitäts- und Bildungsstandards für diesen*
101 *Bereich ebenso wichtig wie die sprachliche Förderung,*
102 *insbesondere für Kinder von Migrantinnen und Migranten.*

103 *Auch im Schulalter braucht gute Bildung mehr Zeit für in-*
104 *dividuelle Förderung, mehr Zeit für Kreativität und mehr*
105 *Zeit für eine höhere Qualität des Unterrichts. Dieses Ziel*
106 *verfolgen wir mit dem Ganztagschulprogramm, dem*
107 *größten bundesweiten Schulentwicklungsprogramm, das*
108 *es in Deutschland je gab.*

109 *Unsere Schulen müssen mehr als bisher Eigenverantwor-*
110 *tung, Selbstorganisation und soziale Kompetenz als*
111 *Schlüsselqualifikationen stärken, Kenntnisse und prakti-*
112 *sche Fertigkeiten im Rahmen der naturwissenschaftlichen*
113 *und technischen Ausbildung intensiver entwickeln und*
114 *Sprachfähigkeit fördern.*

115 *Die Einführung bundesweiter Bildungsstandards sowie die*
116 *regelmäßige Überprüfung der Leistungsfähigkeit unserer*
117 *Bildungseinrichtungen ebenso wie die Vergleichbarkeit der*
118 *erzielten Bildungsabschlüsse sind dafür wichtige Voraus-*
119 *setzungen.*

120 *Wir wollen das duale Berufsausbildungssystem erhalten*
121 *und weiter entwickeln. Ausbildung lohnt sich. Eine gute*
122 *Berufsausbildung wird auch in der Zukunft Voraussetzung*
123 *für innovationsfähige, verantwortlich und kooperativ han-*
124 *delnde Belegschaften sein.“*

125 An diesen Leitlinien orientiert stellen wir an ein „**Zu-**
126 **kunftsprogramm Bildung in Niedersachsen**“ folgende
127 Anforderungen:

- 128 1. Bildung beginnt im **Elternhaus**. Familienpolitik ist
129 Bildungspolitik. Darum sind die vorhandenen Erzie-
130 hungs- und Beratungsangebote weiter zu entwi-
131 ckeln.
132
- 133 2. Vorschulische Bildung stellt die Weichen. **Kinder-**
134 **tagesstätten** haben einen wichtigen Anteil an Bil-
135 dung und Erziehung. Darum streben wir den kos-
136 tenfreien Besuch von Kindertagesstätten für alle Kin-
137 der spätestens ab dem 5. Lebensjahr an.
138
- 139
- 140 3. Alle **Schulen** orientieren sich an folgenden verbind-
141 lichen Grundsätzen:
142
- 143 - Niemand wird ausgegrenzt. Wir können auf
144 keine und keinen verzichten.

- 145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160
161
162
163
164
165
166
- Wir erkennen **Verschiedenheit** an und sehen sie als Chance, voneinander zu lernen. Wir erkennen Potenziale und fördern individuelle Begabungen.
 - Wir fördern **Freude am Lernen** und zerstören sie nicht durch Missachtung und Beschämung. An die Stelle des Sitzenbleibens treten Fördermaßnahmen.
 - Wir stellen aber auch klare, einheitliche **Leistungsanforderungen** und überprüfen sie regelmäßig.
 - Wir fördern Gemeinschaftlichkeit und soziale Kompetenz in flächendeckend angebotenen **Ganztagschulen**.
 - **Schule öffnet sich** für Eltern, Vereine, Betriebe. Sie ist Teil der örtlichen Lebenswelt.
 - Die **selbständige einzelne Schule** ist verantwortlich für den Bildungserfolg aller ihrer Schülerinnen und Schüler. Sie wird in ihrer Arbeit nachdrücklich unterstützt, aber auch regelmäßig überprüft.
- 167
168
169
170
171
172
4. Diese Grundsätze sind am besten in einer **Schulstruktur** zu verwirklichen, in der Schülerinnen und Schüler länger als bisher gemeinsam lernen. Unser Ziel sind gemeinsame Lernangebote bis zum Eintritt in die Oberstufe.
- 173
174
175
176
177
5. Das schließt innerschulische **Differenzierungen** sowie Kooperation, Netzwerkbildung, Schulprogrammentwicklung, Qualitätsentwicklung an bestehenden Schulen ausdrücklich ein.
- 178
179
180
181
182
183
6. An die Sekundarstufe I schließen differenzierte berufliche und allgemein bildende **Oberstufenangebote** an. Sie werden mit Zugangsberechtigungen zu Hochschulen, Fachhochschulen und Berufszweigen abgeschlossen.
- 184
185
186
187
7. Die Ausbildung für Lehrerinnen und Lehrer wird reformiert und auf mehr **Praxisnähe** ausgerichtet.
- 188
189
190
191
192
8. Fortbildung und Wiedereingliederung gewinnen auf allen beruflichen Ebenen an Bedeutung. Hierzu leisten die **Volkshochschulen** einen unverzichtbaren Beitrag, der auch im öffentlichen Interesse liegt.
- 193
194
195
9. Mit der Beendigung der beruflichen Tätigkeit ist das Bildungsinteresse noch keineswegs beendet. Hier gilt es, verstärkt kreative Möglichkeiten, z.B. Ange-

196 bote zum Generationen übergreifenden Lehren und
197 Lernen, zu entwickeln.

198

199

200 **Weiterleitung an:**

201

202

203

204

1 **Antrag Nr. B 19**

2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

Antragsteller: AfA-Bezirksvorstand Weser-Ems

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

Bildungspolitik – Jugendliche ohne Schulabschluss

Verbesserung des Bildungssystems mit dem Ziel, den Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss stetig zu verringern und mittelfristig auf unter 1 Prozent zu senken.

Zur Umsetzung sind folgende Maßnahmen erforderlich:

- Kindergartennutzung so früh wie möglich für alle verpflichtend und kostenlos.
- Kleinere Klassen mit individueller Betreuung.
- Weiterführende Qualifikation der Lehrer (Vermittlung sozialer Kompetenzen).
- Ganztagschulen bundesweit und flächendeckend einführen.
- Kostenlose spezielle Förderung, z. B. Nachhilfe.
- So lange wie möglich gemeinsamer Schulbesuch.
- Durchlässigkeit zwischen den Schulformen verbessern, um insgesamt höhere Bildungsabschlüsse zu ermöglichen.
- Einführung einheitlicher Schulkleidung zur Vermeidung von Statusdenken und Sozialneid.
- Lernen muss Spaß machen, die Motivation der Schüler muss verbessert werden.
- Sportangebot erweitern und Unterrichtseinheiten erhöhen, um Aggressionspotential abzubauen.
- Schüler betreuen Schüler. Ältere und gute Schüler sollten als Betreuer mit eingesetzt werden, z. B. bei der Nachhilfe, für die Arbeit am Computer, beim Sport.
- Lernmittelfreiheit.

Finanzierung durch die Verrechnung mit Leistungen an Erziehungsberechtigte und einer Erhöhung der Ausgaben für Bildung.

Antragskommission:

Material an Landesvorstand

51 Die Entwicklung der Schulabschlüsse sollte auf
52 kommunaler Ebene jährlich veröffentlicht werden.

53

54

55 **Begründung:**

56

57 Fast jeder zehnte Jugendliche verlässt die Schule
58 ohne Hauptschulabschluss. Die Reduzierung auf ei-
59 nen Anteil von weniger als 1 Prozent ist ein an-
60 spruchsvolles Ziel, nach der Shell-Jugendstudie wird
61 es von den Kindern der oberen Mittelschicht bereits
62 erreicht.

63 Durch eine entsprechende Förderung sollte es daher
64 möglich sein, dass auch die Kinder aus den anderen
65 Bevölkerungsschichten, die von ihren Eltern nicht die
66 gleiche Unterstützung erhalten, dieses Ziel errei-
67 chen. Der Anteil der Jugendlichen ohne Hauptschul-
68 abschluss beträgt in der Oberschicht 2 %, in der Un-
69 terschicht 12 % und bei den Migranten 25 %, d. h.
70 die Einkommensverhältnisse, das Bildungsniveau
71 und die Herkunft der Eltern bestimmen noch immer
72 den Bildungsabschluss der Kinder. Es gibt in
73 Deutschland vier Millionen Menschen, die nicht Le-
74 sen und Schreiben gelernt haben, das sind ca. 5 %
75 der Bevölkerung über 15 Jahre.

76

77 Bildung schafft Arbeitsplätze.

78 Durch Ganztagschulen werden mehr Eltern in der
79 Lage sein, Erwerbsarbeit aufzunehmen, was wieder-
80 um zu mehr Steuern und Beiträgen führt.

81 Kindergartenplätze für alle sowie kleinere Klassen
82 führen zu einem größeren Personalbedarf in Kinder-
83 gärten, Kindertagesstätten und Schulen.

84

85 Bedingt durch das viergliedrige Schulsystem (Gym-
86 nasium, Real-, Haupt- und Sonderschule) fehlt auch
87 den Lehrern der Gesamtüberblick bezüglich der
88 Entwicklung der Schulabschlüsse. Für die Beurtei-
89 lung (Evaluation) der Lehrpläne und Unterrichtspro-
90 gramme sollte sie ein Kriterium sein.

91

92

93 **Weiterleitung an:**

94

95 Bundesparteitag

1 **Antrag Nr. B 20**

Antragskommission:

Erledigt durch B 23

2
3
4
5 **Antragsteller: Jusos Bezirk Weser-Ems**

6
7
8
9 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

10
11
12 **Bildung für alle - für ein gebührenfreies**
13 **Studium!**

14
15 Wir – die SPD im Bezirk Weser-Ems - sind gegen
16 Studiengebühren. Wir Sozialdemokratinnen und
17 Sozialdemokraten stehen für eine moderne und
18 gerechte Bildungspolitik mit dem Anspruch, allen
19 Menschen die gleichen Chancen zu geben.

20
21 Wir wollen:

- 22 • dass das Studium in Deutschland
- 23 gebührenfrei bleibt,
- 24 • dass jedem/jeder unabhängig vom
- 25 Geldbeutel der Eltern ein Studium in
- 26 Deutschland ermöglicht wird
- 27 • dass die Ausbildungsförderung (BAföG)
- 28 Bestand hat, um eine stärkere soziale
- 29 Ausgrenzung zu verhindern.

30
31 **Begründung:**

32 Studiengebühren sind sozial ungerecht!
33 Studiengebühren schrecken Jugendliche aus
34 wirtschaftlich schwächeren Familien vom
35 Studium ab und beeinträchtigen damit die
36 Chancengleichheit im Bildungsbereich.
37 Bildung ist Staatsaufgabe! Das heißt öffentlich
38 rechtlich. Bildung ist für alle da und nicht nur für
39 die, die es sich leisten können. Durch Gebühren
40 dürften viele potenzielle Akademikerinnen und
41 Akademiker von einem Studium abgeschreckt
42 werden.
43 Ob das einem Land nutzt, in dem sowieso schon
44 Akademikermangel herrscht, ist fraglich.

45
46 Das derzeitige Hochschulsystem nutzt letztlich
47 allen Mitgliedern der Gesellschaft, also sollte es
48 weiterhin von der Allgemeinheit, etwa durch
49 Steuern, finanziert werden. Die Studierenden
50 dürfen nicht für Ihren Einsatz für die
51 Volkswirtschaft bestraft werden. Die Wirtschaft

52 zum Beispiel profitiert im hohen Maße von fertig
53 ausgebildeten Akademikern, so dass es eher
54 gerechtfertigt scheint, sie über höhere Steuern
55 zur Finanzierung der Hochschulen
56 heranzuziehen.

57
58 Zur Finanzierung der Studiengebühren sind viele
59 Studenten dann auf einen Nebenjob
60 angewiesen, was ihnen ein zügiges Studium
61 erschweren würde. Dieses Problem könnte
62 durch ein höheres Bafög oder ähnliche
63 Finanzierungsquellen gelöst werden, was aber
64 wieder eine Belastung für die öffentlichen
65 Haushalte bewirken würde und das wollen die
66 Befürworter von Studiengebühren doch nicht
67 mehr, oder?

68

69

70 **Weiterleitung an:**

1 **Antrag Nr. B 21**

2

3

4

5 **Antragsteller: Jusos Bezirk Weser-Ems**

6

7

8

9 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

10

11 **Unsere Schule der Zukunft**

12

13 Eine wohlverstandene Bildungspolitik soll den
14 Einzelnen durch eine umfassende Bildung und
15 Weiterbildung in die Lage versetzen, seine
16 Verantwortung in der und für die Gesellschaft
17 sowie auch für sich selbst wahrzunehmen.

18

19 Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik muss es
20 daher sein, solche finanziellen und
21 organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen,
22 mit denen jeder Mensch in jedem Alter seine
23 Bildungspotentiale bestmöglich entwickeln kann.

24 Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik ist es
25 daher, eine Schule der Zukunft zu schaffen, die

26

- 27 - das Selbstwertgefühl, die
- 28 Leistungsbereitschaft, die soziale Kompetenz
- 29 und das Verantwortungsgefühl der
- 30 Schülerinnen und Schüler fördert,
- 31 - die Lernvoraussetzungen der Schülerinnen
- 32 und Schüler erkennt, nach deren individuellem
- 33 Bedarf fördert und alle am Schulleben
- 34 Beteiligte integriert,
- 35 - die Erziehungsberechtigten in Erziehungs- und
- 36 Bildungsfragen berät und mit diesen
- 37 kooperiert,
- 38 - Kontakt zu Unternehmen und anderen
- 39 Ausbildungsbetrieben hält und auch dadurch
- 40 den Schülerinnen und Schülern eine
- 41 frühzeitigere Berufsorientierung bietet,
- 42 - Verantwortung für den Lernerfolg der
- 43 Schülerinnen und Schüler übernimmt und
- 44 kontinuierlich ihre Arbeit evaluiert.

45

46 Deshalb muss die Schule der Zukunft ein
47 integratives Ganztagsystem sein, in dem sich
48 Lehrerinnen und Lehrer sowie weitere
49 Ausbilderinnen und Ausbilder mit ihren
50 unterschiedlichen Kompetenzen gemeinsam um

Antragskommission:

Material an Landesvorstand

51 die Bildung und Erziehung der Schülerinnen und
52 Schüler kümmern.

53
54

55 **Begründung:**

56

57 Die unterschiedlichen Reaktionen der politisch
58 Verantwortlichen auf die Ergebnisse der Pisa-
59 Studie und auch anderer wissenschaftlicher
60 Untersuchungen zeigen, dass das Problem der
61 insgesamt schlechten „Benotung“ des deutschen
62 Bildungssystems nur unzureichend erkannt wurde.
63 Dabei zeichnet sich vor allem die
64 niedersächsische Landesregierung durch eine
65 rückwärtsgewandte Bildungspolitik aus.

66

67 Es ist daher notwendig, von unserer Seite immer
68 wieder auf grundlegende Voraussetzungen einer
69 sozialdemokratischen Bildungspolitik hinzuweisen,
70 die sich an einer solidarischen Gesellschaft
71 orientiert und unabhängig von sozialer Herkunft
72 und Einkommen ein lebenslanges Lernen
73 gewährleistet.

74

75 Daraus ergeben sich u.a. folgende
76 Grundvoraussetzungen und Forderungen für eine
77 Schule der Zukunft:

78

- 79 - Bildung ist mehr als abfragbares Wissen, denn
80 die Schule trägt auch zur
81 Persönlichkeitsbildung bei,
- 82 - jede Schülerin und jeder Schüler ist gemäß
83 seinem Leistungsvermögen, ohne die
84 Bezugsgruppe verlassen zu müssen,
85 individuell zu fördern und zu fordern, wodurch
86 vor allem auch bestehende soziale
87 Beziehungen erhalten bleiben,
- 88 - Elternhaus und Schule müssen sich beim
89 Bildungsprozess gegenseitig unterstützen und
90 kooperieren, um den Wert von Bildung gleich
91 zu schätzen und möglichst in den
92 Erziehungszielen zu entsprechenden
93 Vereinbarungen zu gelangen,
- 94 - anzustreben ist ein realitätsnahes Lernen, zu
95 dem auch eine frühzeitige
96 Berufszielorientierung gehört. Deshalb ist eine
97 Kooperation mit den Wirtschaftsunternehmen
98 und Ähnlichem anzustreben, um den
99 Schülerinnen und Schülern frühzeitig einen
100 Einblick in die Anforderungen der Berufswelt
101 zu vermitteln,

- 102 - damit jede Schülerin und jeder Schüler zu
103 bestmöglichen Lernerfolgen kommen kann,
104 muss jede Lehrkraft in der Schule den
105 Bildungsweg aufmerksam begleiten die
106 richtigen Förderangebote bereithalten und
107 angemessen hohe Anforderungen stellen,
108 - eine Schule der Zukunft muss aber auch sich
109 selbst sowie den Eltern und Kindern
110 gegenüber regelmäßig Rechenschaft über ihre
111 geleistete Arbeit ablegen.

112
113 Den Rahmen für diese selbständige Schule der
114 Zukunft bildet ein integratives Ganztagsystem, in
115 dem die Schülerinnen und Schüler möglichst
116 lange (z.B. neun Jahre) gemeinsam unterrichtet
117 werden. Diese Ganztagschule bietet den
118 zeitlichen Rahmen, um den Lehrstoff intensiv zu
119 erarbeiten und um in einem regelmäßigen
120 Wechsel von Anstrengungs- und
121 Entspannungsphasen die Leistungsfähigkeit des
122 Einzelnen unter pädagogischer Begleitung optimal
123 zu nutzen.

124
125 Denn: unterschiedliche Kompetenzen sind in einer
126 Schule wichtig, damit jede Schülerin und jeder
127 Schüler jedes Förderungsangebot kurzfristig
128 erhalten kann und somit besondere Talente in
129 ihrer Besonderheit gefördert werden können.

130
131 Drum lasst uns mit der Schule der Zukunft
132 schnellstmöglich anfangen.

133
134 **Weiterleitung an:**

1 **Antrag Nr. B 22**

2

3

4

5 **Antragsteller: Jusos Bezirk Weser-Ems**

6

7

8

9 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

10

11 **Gesundheitsförderung in der Schule**

12

13 In allen allgemein- und berufsbildenden Schulen soll
14 dass Thema Gesundheitserziehung behandelt
15 werden. In keinem Fall dürfen die Sportstunden
16 weiter reduziert werden!

17

18

19 **Begründung:**

20

21 Immer mehr Kinder und Jugendliche fallen durch
22 Übergewicht, Bewegungsmangel sowie
23 Fehlernährung und damit verbundene Wachstums-
24 und Haltungsdefizite auf. Anstatt ausgewogener
25 Mahlzeiten ernähren sie sich immer häufiger von
26 Fastfood oder Fertigprodukten. Dies führt zu starker
27 Gewichtszunahme und zu damit verbundenen
28 gesundheitlichen Risiken. Beide Phänomene stellen
29 eine erhebliche Bedrohung für unser
30 Gesundheitssystem dar. Das Risiko der
31 Übergewichtigen, später an Herz-Kreislauf-
32 Erkrankungen, Diabetes oder Arthrose zu
33 erkranken, ist dabei ungleich höher als das Risiko
34 normalgewichtiger Menschen. Die Behandlung
35 dieser Krankheiten wird das Gesundheitssystem
36 finanziell vor erhebliche Herausforderungen stellen.
37 Zur Zeit werden viele Schulen in Ganztagschulen
38 umgewandelt, ohne dass geklärt ist, wie die
39 zusätzlich anfallenden Stunden gestaltet werden.
40 Gerade hier bietet sich eine Integration des Fachs
41 Gesundheitserziehung in den Stundenplan an.

42

43 Aus diesem Grund ist es angebracht, die
44 Gesundheitserziehung an Schulen zu verstärken.
45 Neben theoretischen Grundlagen sollten dabei auch
46 praktische Fähigkeiten vermittelt werden. Da viele
47 Jugendliche nicht mehr durch das Elternhaus an
48 eine gesunde Ernährung und eigenständiges
49 Kochen herangeführt werden, sollte dies ebenfalls in
50 den Unterricht aufgenommen werden. Zugleich
51 dürfen die Sportstunden nicht weiter reduziert

Antragskommission:

Annahme

52 werden, sondern hier müsste der präventive
53 Charakter stärker hervorgehoben werden. Auch
54 bereits Übergewichtigen muss der Spaß an
55 Bewegung vermittelt werden.

56

57 **Weiterleitung an:**

58 Landtagsfraktion

1 **Antrag Nr. B 23**

Antragskommission:

Annahme

2
3
4
5 **Antragsteller: Bezirksvorstand**

6
7
8
9 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

- 10
11
12 A.) **Die SPD Weser-Ems spricht sich gegen**
13 **die Einführung von Studiengebühren**
14 **aus.** Das Erststudium muss in Deutschland
15 weiterhin gebührenfrei bleiben. Alle Men-
16 schen haben den gleichen Anspruch auf
17 Bildung. Der freie Zugang zu den Hoch-
18 schulen für jede(n) dazu Befähigte(n) ohne
19 Rücksicht auf Herkunft und Einkommen
20 der Eltern gehört zu den sozialen und de-
21 mokratischen Errungenschaften der Bun-
22 desrepublik Deutschland.
- 23 B.) **Die SPD Weser-Ems spricht sich für die**
24 **Schaffung eines einheitlichen europäi-**
25 **schen Hochschulraums aus.** Die Einfüh-
26 rung des dreistufigen Studiensystems mit
27 den Abschlüssen Bachelor, Master und
28 Promotion ist dafür eine wesentliche Vor-
29 raussetzung. Die SPD Weser-Ems wird die
30 Fachhochschulen und Universitäten im
31 Bezirk bei diesem Prozess begleiten und
32 unterstützen.
- 33 C.) **Die SPD Weser-Ems spricht sich für die**
34 **Entwicklung von Spitzenuniversitäten/-**
35 **forschung aus.** Um den Wissenschafts-
36 standort Deutschland nachhaltig zu stär-
37 ken, brauchen wir auch Spitzenuniversitä-
38 ten. Sie sind als „Leuchttürme“ Garant für
39 die internationale Wettbewerbsfähigkeit
40 unserer Hochschulen, da sie Spitzenfor-
41 scher aus dem In- und Ausland anlocken.
42 Spitzenförderung darf aber nicht auf Kos-
43 ten der Förderung der Hochschulland-
44 schaft in ihrer ganzen Breite gehen, denn:
45 Ohne Breite gibt es keine Spitze.
- 46 D.) **Die SPD Weser-Ems spricht sich für die**
47 **Modernisierung des Dienstrechts an**
48 **Hochschulen und Forschungseinrich-**
49 **tungen aus.** Die Erarbeitung eines Wis-
50 senschaftstarifvertrages ist ein wesentli-
51 cher Schritt in diese Richtung. Dazu gehört
52 auch die Einführung von Juniorprofessoren
53 an Universitäten und Fachhochschulen.

54 **Begründung:**

55

56 Die Positionen des Forums Hochschule zu bildungs-
57 und wissenschaftspolitischen Fragestellungen wur-
58 den im Rahmen der letzten beiden Jahre erarbeitet.
59 Veranstaltungen an verschiedenen Hochschul- und
60 Wissenschaftsstandorten mit den Hochschulleitun-
61 gen bildeten einen entsprechenden Rahmen für Dis-
62 kussionen. Gerade die gemeinsamen Gespräche mit
63 den Hochschulleitungen der Universitäten und Fach-
64 hochschulen im Bezirk Weser-Ems geben einen Ein-
65 blick in die zukünftigen Entwicklungsperspektiven
66 dieser Hochschulen.

67 Alle Hochschulen befinden sich zurzeit intensiv in der
68 Umsetzung des Bologna-Prozesses. Die Vergleich-
69 barkeit der Abschlüsse auf internationaler Ebene
70 steht dabei im Vordergrund. Aber auch das Neben-
71 einander von Universitäten und Fachhochschulen,
72 mit ihren dann vergleichbaren Abschlüssen, wird die
73 Entwicklung der Hochschullandschaft nachhaltig be-
74 einflussen. Die sich daraus ergebende noch engere
75 Zusammenarbeit auf wissenschaftlicher, aber auch
76 möglicherweise auch verwaltungstechnischer Ebene
77 wird ein von der Politik zu begleitender und gestal-
78 tender Prozess sein.

79

80 **A. Studiengebühren**

81

82 Bei allen Diskussionen um das Thema Studieren gilt
83 eine wichtige Voraussetzung: Der Zugang zu einem
84 Studium muss allen - unabhängig von ihrem sozialen
85 Status und ihrem Einkommen - ermöglicht werden.
86 Das Fehlen von Studiengebühren ist dafür eine wich-
87 tige Bedingung. Eine Verpflichtung, für die Aufnahme
88 und Dauer eines Hochschul- oder Fachhochschul-
89 studiums Gebühren zu zahlen, widerspricht dem Ge-
90 bot der sozialen Gerechtigkeit. Denn Kinder ein-
91 kommenschwächerer Eltern und Alleinerziehender
92 haben dann nicht die gleichen Chancen auf Zugang
93 zu einer wissenschaftlichen Ausbildung wie die Kin-
94 der einkommensstärkerer Eltern und Alleinerziehen-
95 der, wenn mit einer zusätzlich zur Finanzierung des
96 Lebensunterhalts zu zahlenden Gebühr eine finan-
97 ziell nur schwer oder gar nicht überwindbare Barriere
98 in den Weg gelegt wird.

99 Studiengebühren dürfen vor allem nicht dafür herhal-
100 ten, um marode Staatshaushalte zu sanieren. Wenn
101 die öffentlichen Haushalte unter Druck stehen, bietet
102 die Gebührenschaube aber eine willkommene Ge-
103 legenheit, um Einnahmen für den Staat zu sichern
104 und die staatliche Finanzierung der Hochschulen
105 immer weiter zurückzufahren.

106

107 **B. Bologna-Prozess/Europäischer Hochschul-**
108 **raum**

109
110 Die Schaffung eines einheitlichen europäischen
111 Hochschulraums ist ein unaufhaltsamer Prozess, der
112 sehr begrüßenswert ist. Nur wenn von allen Beteilig-
113 ten zügig die Chancen ergriffen werden, die diese
114 Hochschulreform bietet, wird der Hochschulstandort
115 Deutschland und Europa insgesamt sein internatio-
116 nales Spitzenniveau halten und ausbauen können.
117 Dafür ist die Durchsetzung eines einheitlichen drei-
118 stufigen Studiensystems in Deutschland, das die
119 Studienabschlüsse Bachelor, Master und Promotion
120 umfasst, notwendig. Die bestehenden Studiengänge
121 in den Staatsexamensfächern Lehramt, Jura und
122 Medizin sollten so schnell wie möglich auf das Ba-
123 chelor-Master-System umgestellt werden, gleiches
124 gilt für die Diplomstudiengänge. Die Zweigliedrigkeit
125 zwischen den alten und neuen Abschlüssen muss
126 mittelfristig gesehen abgeschafft werden. Über-
127 gangsregelungen, die alte und neue Studiengänge
128 nebeneinander herlaufen lassen, sollten vermieden
129 werden. Nur wenn die deutschen Hochschulen mit
130 ihren Abschlüssen international anschlussfähig sind,
131 können sie im Wettbewerb der europäischen Hoch-
132 schulen bestehen. Nur wenn sich die Studierenden
133 auf eine europaweite Vergleichbarkeit und Anre-
134 chenbarkeit ihrer Studienleistungen verlassen kön-
135 nen, werden sie die Chancen eines einheitlichen eu-
136 ropäischen Hochschulraums nutzen können.
137 Bei der Umsetzung des Bologna-Prozesses müssen
138 aber auch bestimmte Schwachstellen beseitigt wer-
139 den. Das Leistungspunktesystem ECTS, das euro-
140 paweit die Vergleichbarkeit der Studieninhalte ge-
141 währleisten soll, muss den Bedürfnissen der Praxis
142 angepasst werden. Ebenso müssen die Studieren-
143 den einerseits und die Arbeitgeber andererseits, ins-
144 besondere die kleinen und mittleren Unternehmen,
145 noch besser über das neue Studiensystem informiert
146 werden. Die Akzeptanz des Bachelor unter den Stu-
147 dierenden hängt auch davon ab, dass die Arbeitge-
148 ber die Vorteile dieses ersten berufsqualifizierenden
149 Abschlusses nutzen und entsprechende Stellen
150 schaffen.

151
152 **C. Spitzenuniversitäten/-forschung**

153
154 Um den Wissenschaftsstandort Deutschland nach-
155 haltig zu stärken, brauchen wir Spitzenuniversitäten.
156 Sie sind als „Leuchttürme“ Garant für die internatio-
157 nale Wettbewerbsfähigkeit unserer Hochschulen, da
158 sie Spitzenforscher aus dem In- und Ausland anlo-
159 cken. Das Ziel muss sein, dass sich im Wettbewerb

160 Spitzenhochschulen herausbilden und behaupten
161 können. Spitzenförderung darf aber nicht auf Kosten
162 der Förderung der Hochschullandschaft in ihrer gan-
163 zen Breite gehen, denn: Ohne Breite gibt es keine
164 Spitze. Wir müssen deshalb Reformen im Hoch-
165 schulwesen durchsetzen, die zu einer Verbesserung
166 der Studien- und Arbeitsbedingungen für Studieren-
167 de und Lehrende insgesamt führen. Wissenschaft
168 und Wirtschaft müssen durch Kompetenzzentren und
169 Netzwerke enger miteinander verzahnt werden, um
170 die Umsetzung von Forschungsergebnissen in neue
171 Produkte und Dienstleistungen zu beschleunigen.
172 Der Zugang von kleinen und mittleren Unternehmen
173 zur öffentlich geförderten Forschung muss ermög-
174 licht werden.

175

176 **C. Dienstrecht an Hochschulen**

177

178 Für die weitere Modernisierung der deutschen Bil-
179 dungs- und Forschungslandschaft ist die Reform des
180 Dienstrechts an Hochschulen von richtungsweisen-
181 der Bedeutung. Ein Kernpunkt der Reform des
182 Hochschuldienstrechts ist die Einführung der Junior-
183 professur. Dadurch bekommen Nachwuchswissen-
184 schaftler bereits mit Anfang 30 die Chance, selb-
185 ständig zu forschen und zu lehren. Diese Regelung
186 hat den Vorteil, dass die Potentiale junger Forsch-
187 erinnen und Forscher in ihrer kreativsten Phase ge-
188 nutzt werden. Damit wird dem hohen Alter der Wis-
189 senschaftler in Deutschland als Wettbewerbsnachteil
190 im internationalen Vergleich entgegengewirkt. Au-
191 ßerdem sollte der deutsche Sonderweg der Habilita-
192 tion mit seinem aufwendigen Prüfungsverfahren neu
193 überdacht werden.

194 Ein neuer "Wissenschaftstarifvertrag" für For-
195 schungseinrichtungen wäre nicht nur ein Schritt zu
196 mehr Hochschulautonomie im Personalwesen. Er
197 kann zusätzlich die Mobilitätshemmnisse beim
198 Wechsel zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ab-
199 bauen und den Wissenschaftsinstitutionen die not-
200 wendige Flexibilität geben, bei sich verändernden
201 Aufgabenschwerpunkten oder Strukturen auch ent-
202 sprechende Veränderungen der Personalstruktur
203 und der Aufgabenzuweisungen sowie Arbeitsplatz-
204 beschreibungen vorzunehmen. Hochschulen könn-
205 ten nicht nur WissenschaftlerInnen mit entsprechen-
206 der Ausbildung und Kompetenz einstellen, sondern
207 sie in eigener Verantwortung weiter qualifizieren und
208 sie durch eine differenzierte Bezahlung motivieren
209 und an die Arbeitsstelle binden. Das würde die inter-
210 nationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen
211 Hochschulen weiter stärken.

212

213 **Weiterleitung an:**
214 Bundesparteitag
215 Landesparteitag
216

1 **Antrag Nr. B 24**

Antragskommission:

2
3
4
5 **Antragsteller:** Bezirksvorstand

6
7
8
9 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

10
11 **Resolution**

12
13 **Stoppt Busemann! Stoppt Wulff! Stoppt die CDU-**
14 **Schulpolitik!**

15
16 Angetreten ist die CDU-Landesregierung mit großen
17 Versprechungen. Eine große Schulreform wollte sie
18 schaffen, mehr Chancen für alle Kinder und 100%
19 Unterrichtsversorgung. Herausgekommen ist
20 weniger Unterricht an unseren Schulen und eine
21 Beeinträchtigung der Chancen für niedersächsische
22 Kinder:

- 23 - Diese Landesregierung zementiert eine
24 konservative Schulreform. Die Schulformen
25 werden immer mehr gegeneinander abgeschottet.
26 Wer nicht in der 5. Klasse aufs Gymnasium geht,
27 hat später kaum noch Chancen auf einen
28 Wechsel.
29 - Trotz Neueinstellung von 2.500 Lehrkräften sinkt
30 die Unterrichtsversorgung. Grund: Über 1000
31 davon wurden für die Schulreform gebraucht und
32 mehr als 1400 wieder gestrichen.
33 - Die Lernmittelfreiheit ist abgeschafft. Die Eltern
34 müssen wieder tief in die Tasche greifen.
35 - Die Mittel für Sprachförderung wurden gekürzt.
36 - Die Hauptschulen bluten aus.
37 - Über 10.000 Jugendliche jährlich verlassen die
38 Schule ohne Abschluss.
39 - Die Klassen werden immer größer. Individuelle
40 Förderung ist kaum noch möglich.

41
42 Die Schulpolitik der CDU/FDP-Landesregierung hat
43 zu einem hohen Maß an Verunsicherung bei Eltern
44 und Schülern und zu Verärgerung und Empörung bei
45 Schulleitungen und Lehrkräften geführt. Einen weit
46 gehenden Kurswechsel kann es erst nach einem
47 Regierungswechsel geben. Aber es gibt
48 Forderungen, für die sich jeder und jede **sofort**
49 einsetzen kann. Es gibt auch jetzt
50 Änderungsmöglichkeiten.
51

52 **Die SPD Weser-Ems fordert daher:**

53

54 **Eine Entschuldigung des Kultusministers bei**
55 **Lehrerinnen und Lehrern sowie bei**
56 **Schulleiterinnen und Schulleitern für seine**
57 **unanständigen Beschimpfungen!**

58 Kultusminister Busemann hat den Schulleitungen
59 vorgeworfen, für 80% des Unterrichtsausfalls in
60 Niedersachsen durch Mängel vor Ort verantwortlich
61 zu sein. Damit stiehlt er sich aus der Verantwortung.
62 Er spielt Lehrergenerationen gegeneinander aus,
63 indem er von jüngeren Lehrkräften sagt, sie hätten
64 "keinen Politikmüll im Kopf". Schon diese
65 Formulierung ist unwürdig. Der Kultusminister ist
66 verantwortlich für die politische Kultur in den
67 Schulen. Er sollte sich entschuldigen.

68

69 **Eine gerechte und transparente Verteilung der**
70 **Gelder aus dem Ganztagschulprogramm der**
71 **Bundesregierung!**

72 Alle Beteuerungen des Kultusministers helfen nicht,
73 und selbst eine Sondersitzung des
74 Kultusausschusses hat keine Klarheit gebracht. Die
75 Mittelvergabe für Ganztagschulen ist
76 konzeptionslos, undurchsichtig und ungerecht. Wir
77 fordern eine gründliche Revision der
78 Verteilungskriterien.

79

80 **Eltern entlasten, Lernmittelfreiheit wieder**
81 **einführen!**

82 Die Volksinitiative für Lernmittelfreiheit hat 160 000
83 Unterschriften gegen die unsoziale Belastung der
84 Eltern durch diese Landesregierung gesammelt. Eine
85 erneute Beratung im Parlament aber reicht nicht aus.
86 Der Appell an die Mehrheitsfraktionen lautet: Hört auf
87 eure Bürgerinnen und Bürger!

88

89 **Schluss mit der 100-Prozent-Lüge bei der**
90 **Unterrichtsversorgung!**

91 Immer mehr Unterricht fällt aus. Die Klassengrößen
92 steigen. Lehrer fehlen oder werden verspätet
93 eingestellt. „Springer“-Lehrkräfte gibt es bis zum
94 Jahresende nicht mehr. Und der Kultusminister
95 schwadroniert noch immer von 100%
96 Unterrichtsversorgung, auf der Basis von
97 Taschenspielertricks und Rechenkunststücken. Wir
98 fordern eine ehrliche Bilanz und verlässliche
99 Lehrereinstellungen!

100

101 **Schluss mit der Isolierung der Hauptschulen!**

102 Für Hauptschülerinnen und Hauptschüler steht
103 Durchlässigkeit nur auf dem Papier. Eine echte
104 Aufstiegsmöglichkeit gibt es nicht. Denn die
105 Hauptschulen werden immer stärker von den
106 anderen Schulformen isoliert. Überdies werden die
107 Ausbildungs- und Berufschancen für Hauptschüler
108 immer schlechter. Alle Versuche der CDU-
109 Regierung, diese Entwicklungen zu vertuschen, sind
110 gescheitert. Darum wählen Schüler und Eltern eine
111 so konzipierte Hauptschule ab. Für uns liegt die
112 Lösung nicht in der Isolierung. Wir fordern mehr
113 Kooperation über Schulformgrenzen hinweg statt
114 künstlicher Trennung. Nicht Schulformen müssen
115 gefördert werden, sondern Schülerinnen und
116 Schüler.

117

118 **Weiterleitung an:**